

19. Jahrhunderts ab und eröffnete dadurch die Möglichkeit zu einem raschen Wachstum der Bevölkerung.

Die Untersuchung der Haushaltsstrukturen erbrachte unterschiedliche Ergebnisse. Im Nordwesten Bulgariens überwogen in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Kernfamilien: 67 Prozent aller Haushalte waren Kernfamilien, 28 Prozent hatten komplexe Strukturen. Doch für Südbulgarien präsentiert Todorova die Daten für das katholische Dorf Seldžikovo, in dem im Jahr 1836 komplexe Haushaltsstrukturen mit 64,4 Prozent überwogen.

Seldžikovo ist jedoch zweifellos eine Ausnahme in Bulgarien. Dies wird durch das Kapitel *The Problem of the South Slav Zadruga* deutlich. Todorova entmystifiziert die *Zadruga*, die nichts anderes als eine komplexe Familienstruktur darstellte und beschreibt auch ihre Verbreitungsgebiete. Daraus wird klar, daß Teile Bulgariens zu den Randgebieten des mehr oder weniger geschlossenen Verbreitungsgebietes der *Zadruga* zählten. Maria Todorova sieht die Ursachen in bestimmten demographischen Faktoren und den Erfordernissen einer pastoralen Landwirtschaft. Die komplexen Familien- und Haushaltsstrukturen seien daher ein vorübergehendes Phänomen der Zeit zwischen dem späten 18. und dem beginnenden 20. Jahrhundert gewesen. Ein von mir vorgeschlagenes alternatives Erklärungsmodell versucht hingegen nachzuweisen, daß die komplexe Familie auf dem Balkan patrilinear organi-

siert war – ein Faktum, das Todorova völlig negiert. Patrilinearität kann nicht im 18. oder 19. Jahrhundert in Europa entwickelt worden sein, denn die europäischen Gesellschaften waren seit der Spätantike bilinear (beide Geschlechter sind für Abstammung und Verwandtschaft konstitutiv) organisiert. Die Patrilinearität muß folglich ein Überrest aus sehr alter Zeit sein. Sie läßt sich nicht demographisch erklären, sondern nur kulturell.

Abgesehen von einigen solchen Auffassungsunterschieden zur Einordnung Südosteuropas bzw. des Balkan in die europäische Familienordnung ist festzuhalten, daß Todorovas Buch einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der Familien- und Haushaltsstrukturen auf dem Balkan darstellt.

Karl Kaser, Graz

Melanie A. Sully, *A contemporary history of Austria*, London u. New York: Routledge 1990.

Ogleich das Fach Zeitgeschichte in Österreichs Wissenschaftslandschaft seit nunmehr gut drei Jahrzehnten heimisch ist, zählt eine empirisch gediegen fundierte, einem modernen Paradigma von Geschichtswissenschaft verpflichtete Darstellung der Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert nach wie vor zu den gewichtigen Desiderata der österreichischen Historiographie. Wer angesichts des so überaus anspruchsvollen Titels, wie ihn Melanie A. Sully ihrer hier anzuzeigenden

Studie vorangestellt hat, auf wenigstens ansatzweise Verringerung dieser Angebotslücke hoffen mochte, sieht sich nach Lektüre des schmalen Bändchens freilich arg enttäuscht. Der Entwurf, in bezug auf den Zeitfaktor selbst für anglo-amerikanische Begriffsverständnisse erstaunlich kurz dimensioniert und im Hinblick auf den Gegenstandsbereich überaus eng angelegt, reduziert *history* so gut wie vollständig auf ausgewählte Aspekte politischer Ereignisgeschichte, indes die Zeitstruktur von Österreichs *contemporary history* gar auf politische Entwicklungen seit dem Ende der Ära Kreisky zurückgenommen ist. Nicht Österreichs Zeitgeschichte, sondern die im Kontext elementaren historischen Basiswissens entwickelten Grundzüge aktueller österreichischer Politik sind denn auch das eigentliche Thema des Buches, worin Sully „einen Einblick in die oft dunklen Aspekte des österreichischen politischen Systems zu geben“ und „den Traumata eines Landes nachzuspüren“ verspricht, das – wie die Autorin wähnt – „eben erst vor kurzem damit begonnen“ habe, „seine Vergangenheit kritisch zu prüfen“ (S. XI). Vorurteile dieser bereits in der Einleitung anklingenden Art, ansonsten vornehmlich aus Kommentaren in- und ausländischer Wissenschaftspublizisten geläufig, durchziehen den gesamten Band. Zumal Studien zur Geschichte der österreichischen Geschichtswissenschaft und zur gesellschaftlichen Rezeption ihrer Forschungsergebnisse in Sullys Arbeit inhaltlich kaum berücksichtigt werden, bleibt die hohe Kontinuität solchen Ur-

teilens in aller Regel auch bar jeglichen Forschungskorrektivs. Wie überhaupt kritisch anzumerken ist, daß Sullys Darstellung von Österreichs *contemporary history* ohne Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Stand der österreichischen Zeitgeschichtsforschung auszukommen trachtet, argumentative Stellungnahmen zu anstehenden Wissenschaftskontroversen konsequent meidet und weder sich, noch dem Leser Aufschluß über die Position der Studie im Kontext des aktuellen historisch-sozialwissenschaftlichen Forschungsspektrums zu geben sucht.

Das Fehlen jeglicher an geschichtswissenschaftlicher Theorie sich vergewissernder Konzeptualisierung macht sich bereits in der Strukturierung des Themas unangenehm bemerkbar. In den insgesamt acht großen Abschnitten, die den Gegenstand gliedern, siedelt Chronologisches und Systematisches die Kreuz und Quere ineinander, was die Entwicklung in sich stringenter Geschichten hindert und eine Vielzahl überaus störender Redundanzen begünstigt. Das erste Kapitel (*The Legacy*), worin Weinskandal und Waldheim-Affäre, Haider's Auf- und VOEST-Intertradings Abstieg vergleichsweise unvermittelt nebeneinander figurieren, entwickelt, ohne über das Jahr 1970 wesentlich zurückzublicken, in groben Strichen die Grundzüge jenes Bedingungsgeflechtes, vor dem aktuelle österreichische Politik erörtert werden soll. Hiebei geraten bevorzugt Rahmen-daten der österreichischen Bundespolitik, wichtige innenpolitische Verände-

rungen in der Ära Kreisky und deren politische Folgewirkungen in den Blick, indes soziale, kulturelle und ökonomische Politikdimensionen unbeachtet bleiben. Auch der ausgeprägt föderative Charakter der österreichischen Politik und die Vielfalt der Spannungen zwischen Zentren und Peripherien sind nirgendwo thematisiert. Schon in diesem Abschnitt wird die Autorin überdies mehrfach Opfer ihrer publizistischen Quellen, aber auch ihres tendenziell ahistorischen und akomparatistischen Zugriffs, da sie der Zeitungen plakatives Diktum vom Sonnenkönig Bruno und dessen „paternalistischem Staat“ (S. 2) übernimmt, indes sie wenige Seiten später die alle Sektoren der Gesellschaft erfassenden Demokratisierungs- und Modernisierungsoffensiven der Regierungen Kreisky im einzelnen zwar durchaus vermerkt, analytisch aber nicht zu würdigen vermag. Nun hätte freilich ein Vergleich Österreichs mit anderen europäischen Industriegesellschaften das Maß an gesellschaftlichem Modernisierungsrückstand und kultureller Enge verdeutlichen können, wie es für die konservativ geprägte Alpenrepublik ausgangs der sechziger Jahre noch kennzeichnend gewesen war. Da Sully aber österreichische Politik weder im Kontext europäischer Industriegesellschaftlicher Entwicklungstrends, noch auf Basis substantiellerer historischer Perspektivierungen diskutiert, bleibt ihr beides: sowohl das im europäischen Vergleich sichtbar werdende Ausmaß an Modernisierungsverzug vor 1970 als auch die im binnengesellschaftlichen Längs-

schnitt erkennbar werdende, tatsächliche Modernisierungsleistung der Regierungen Kreisky unzugänglich. Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser sozialen Modernisierungsschübe, die u. a. in einer Beschleunigung von Individualisierung und Wertewandel, der Priorisierung ökologischer Fragestellungen und der Differenzierung des Parteienspektrums ihren Ausdruck gefunden haben, werden demgegenüber zutreffender beschrieben. Freilich dominieren auch hier tendenziell ahistorische, bevorzugt auf die Ebene von politischen Parteien, Bundesregierungen und Nationalratswahlergebnissen zentrierende Deskription und Kürze, während der „Rest“ von Staat und Gesellschaft kaum in den Blick gerät und auch die analytische Reflexion der beschriebenen Trends eher marginal bleibt.

Die folgenden drei Abschnitte (*Socialism in Transition, The „Conservative“ Dilemma, Right Turn?*) skizzieren, in personengeschichtlicher Akzentuierung, historische Entwicklung und gegenwärtigen Status der drei großen politischen Parteien, wobei der Schwerpunkt auch hier auf dem letzten Jahrzehnt liegt, indes die Anmerkungen zu dessen Vorgeschichte ob ihrer mitunter brachialen Verkürzungen notwendig schiefe Sichtweisen und undifferenzierte Einschätzungen begünstigen. Ausführlich und überaus detailliert werden hingegen das aktuelle Organisationspektrum bis hin zu den Politischen Akademien, Organisationsschemata, Parteienstatuten, Kommunikationsstrukturen und Entscheidungsme-

chanismen erörtert, Beschickungsnormen zu den Gremien erläutert, Programmentwicklungslinien verfolgt, die Mitgliederprofile der Parteien und die soziographische Zusammensetzung ihrer Wähler beschrieben und unter den Gesichtspunkten von Kontinuität und Wandel dargestellt. Eingehend werden auch die wichtigsten Modernisierungsprobleme der traditionellen Großparteien erörtert und die politischen Konsequenzen ausgeleuchtet, die ÖVP und SPÖ aus dem in seiner Geschwindigkeit zunehmenden soziostrukturellen Wandel, der hiemit einhergehenden Umschichtung im Elektorat und der parallel hiezu sich verschärfenden Erosion der Parteienbindungen erwachsen sind. Während die österreichische Politikwissenschaft aber Fragestellungen dieser Art heute bevorzugt in vergleichender Perspektive aufgreift, um konkrete Veränderungen der österreichischen Parteienlandschaft im Spannungsfeld generell industriegesellschaftlicher Entwicklungstrends und besonderer österreichischer Traditionen verorten zu können, bleibt Sullys Buch von solch modernen methodischen Ansätzen merkwürdig unberührt. So neigt die Autorin denn auch dazu, Strukturentwicklungen bevorzugt als Folge – im Detail dann kaum reflektierter – österreichischer Bedingungsspezifik zu deuten, indes sie international vergleichenden, sozialtheoretisch angeleiteten Analysen als Ausdruck generell industriegesellschaftlicher Entwicklungstrends geläufig sind.

Die Auswirkungen dieser methodi-

schen Schwächen stiften namentlich im Abschnitt über die FPÖ Deutungen von beträchtlicher Schiefelage. Mit viel Liebe zum Detail werden die organisatorischen, programmatischen und soziographischen Veränderungen aufgelistet, die in der FPÖ nach Haider's Wahl zum Bundesparteiohmann und dem Abgang der letzten Liberaleren statthatten. Die Renaissance extrem rechter Ideologeme, völkischer Symbolik, denunziativer Rhetorik und aggressiv-populistischer Politikstrategien, der dramatische, die Zugehörigen der eigenen Generation favorisierende Elitenwechsel in den Führungsebenen von Bundesspitze wie Länderparteien, die Umpolung der bislang dezentral akzentuierten Organisationsstrukturen auf den Führungsprimat des Bundesparteiohmannes werden ausführlich beschrieben, die namentlich Jugendliche und Nicht-Wähler mitreisende Mobilisierungsdynamik einer Politik der ständigen Aktion, die damit einhergehende Transformation der Partei in eine permanente, den politischen Wandel auf außerparlamentarisch sekundiertem Wege herbeipressende „Bürgerinitiative“ und die Wahlerfolge der Haider-FPÖ detailliert beleuchtet. Auch wenn man mit der Autorin darin übereinstimmt, daß die FPÖ auch vor Haider mit dem Wesen einer liberalen Partei nach klassisch westeuropäischem Verständnis nichts gemein hatte, bleibt doch erstaunlich, daß Sully eine von Haider eingeleitete Wende nach rechts so richtig doch nicht wahrhaben möchte. Dies freilich nicht etwa aufgrund der Vermu-

tung, daß die traditionell äußerst rechte Positionierung der FPÖ kaum mehr Spielraum für deren weitere Rechts-
extremisierung erkennen läßt. Grund-
legend für Sullys Urteil ist vielmehr
eine an Geschichte vergleichsweise des-
interessierte Einschätzung der aktu-
ellen FPÖ-Politik, die die Verfasse-
rin bevorzugt als Anpassung an mo-
derne, showbusiness-orientierte ameri-
kanische Formen der Politikpräsen-
tation und Wählerwerbung verstanden
wissen möchte. Die Attraktivität von
Haiders modernisiertem „Radikalismus“
in „Begriffen eines Wechsels nach rechts
zu diskutieren“ mißachte nach Auf-
fassung Sullys „den wichtigen emo-
tionalen Appeal junger Politiker von
der Art Haiders und seiner neu ad-
aptierten Partei, der FPÖ“ (S. XII).
Haider, den die Autorin als „char-
mant, jung, dynamisch und vermögend“
(S. 65) wahrnimmt, sei eben nicht nur
für Nationale und Arbeitslose, son-
dern auch für „Yuppies“ attraktiv.
„Swatch-stiled“, so klettergartengeübt
wie brückensprunggestählt, mit Vorlie-
ben für „Disco-dancing“ und schnelle
Autos, sei „trendy Haider“ (S. 65), der-
gestalt zuallererst Inbegriff des neuen
Zeitgeistes, nicht zuletzt auch deshalb
für bisherige SP- und VP-Wähler glei-
chermaßen interessant. Als Motiv für
die Zustimmung verbleibt denn auch
für Sully, nebst knappen Verweises auf
das Zunehmen von Wählerfrustration
und Wählermobilität, im wesentlichen
die Spezifik der Person Haiders, dessen
Wahlerfolge nach Auffassung der Au-
torin nicht so sehr eine Wende nach

rechts indizierten, sondern „eine dif-
fuse Präferenz für einen frischen, mi-
litanten Stil“ (S. 71) anzeigten. Wel-
cher Art und welchen Ausmaßes ex-
trem rechte Ideologeme in Stil und po-
litische Initiativen Haiders eingewoben
sind, wird von Sully nirgendwo themati-
siert. Während alle seriöse Rechtsextre-
mismusforschung, die Sully nicht rezi-
piert, in der Auffassung übereinstimmt,
daß es wesentlich darum gehe, die de-
mokratische Mimikry extrem rechter
Parteien zu durchschauen, deren Pro-
gramme vor allem zwischen den Zei-
len zu lesen und den Stellenwert der
einzelnen Programmpunkte an der kon-
kreten Politik der Partei zu bemessen,
verbleibt schon Sullys Programmaufluß
so gut wie durchgängig auf der Ebene
des Papiers. Jeder auch nur kursorische
Blick in die einschlägige europäische Li-
teratur hätte darüber hinaus zur Ver-
mutung anregen können, daß die ver-
gleichsweise synchrone Renaissance ex-
trem rechter Gruppierungen in Europa
in den Kontext struktureller Desinte-
grationsprozesse moderner Industriege-
sellschaften zu stellen wäre und rechts-
extreme Politisierungsneigungen zu-
allererst aus dem Zusammenhang von sek-
toralen ökonomischen Krisenentwick-
lungen, Leistungs- und Integrations-
schwächen des politischen Systems und
dramatischen Verwerfungen in den Rah-
menbedingungen politischer Sozialisa-
tion zu erklären sind. Sullys Verzicht
auf komparatistische Perspektivierun-
gen zum einen, das Abblenden selbst vor
einschlägiger österreichischer Forschung
zum anderen ermuntern die Autorin im

Zusammenhang mit einem ausgeprägt personengeschichtlich zugespitzten Geschichtsverständnis stattdessen zur selektiven Konzentration auf Aspekte personalen Charismas politischer Elitenzugehöriger, wodurch die gebotene Interpretation signifikant hinter die aktuellen Analyse- und Deutungsstandards moderner Rechtsextremismusforschung zurückfällt.

Den zweiten thematischen Schwerpunkt des Bandes bilden gesellschaftliche Einschätzungskontroversen betreffend die Bewertung der Teilhabe von Österreichern an der Politik des Dritten Reiches, wie sie – in der Geschichtswissenschaft vergleichsweise kontinuierlich geführt – in den Debatten um Waldheim und Sinowatz öffentlich aufgebrochen und aus Anlaß des „Anschluß“-Gedenkens systematischer erörtert worden sind. Indes Kapitel fünf (*The Waldheim Case*) die Stufen der vom Präsidentschaftsbewerber gewählten Verantwortungen im Detail beschreibt und den vielfältigen Auswirkungen nachspürt, die des Kandidaten Erinnerungslücken für Österreichs innere und äußere Politik zeitigten, skizziert Kapitel sechs (*Conquering the Past*) die innerösterreichischen Debatten, kommissionellen Bemühungen und diplomatischen Initiativen, die das Ansehen des gewählten Staatsoberhauptes und dessen durch die Watch-List-Entscheidung essentiell eingeschränkte Bewegungsfreiheit wiederherstellen sollten. Wie vielfältig freilich „die Probleme von Österreichs Vergangenheit“ (S. XI), die detailliert betrachten zu wollen die Autorin in der Ein-

leitung ankündigt, tatsächlich sind, und welches die in der Geschichte wechselnden Widerstände waren, die sich ihrer wissenschaftlichen und öffentlichen Bearbeitung in den Weg stellten, wäre freilich und zuallererst an der Geschichte der Erforschung sensibler Objektbereiche zu veranschaulichen. Die diesbezüglich klaffenden Rezeptionslücken, die Sully mittels summarischer Urteile zu überdecken sucht, werden denn auch gerade in der Darstellung solcher genuin über Forschungs- und Rezeptionsgeschichte abzuklärender Fragestellungen, denen ohne intensiven Rekurs auf die Einzelforschung nicht beizukommen ist, schmerzlich sichtbar und stehen einem differenzierten, theoriegeleiteten Verständnis der Begegnungsmöglichkeiten zwischen Einzelnem und Vergangenheit eher im Wege. Dabei wird die Autorin selbst immer wieder Opfer ihres tendenziell forschungsfernen Geschichtsbezugs. Dies etwa dort, wo sie die österreichische Diktatur 1934–38 als „korporativen Staat“ vorzustellen sucht, der – lediglich? – „am Problem, eine chronische Arbeitslosigkeit zu managen, gescheitert“ wäre. Im gleichen Kontext ist von den „illegalen Sozialisten und Nazis“ die Rede, die „ihre eigenen privaten Kriege gegen zunächst Dollfuß und dann Schuschnigg geführt“ hätten, indes die Vaterländische Front, die diesen Staat angeblich „dominiert“ habe, als lediglich „patriotische, aber unpopuläre unitaristische Bewegung“ (S. 111) charakterisiert wird.

Läßt man die inhaltliche Mischstruktur des siebten Abschnitts (*Quo vadis*

Austria?) als Antwort auf diese Frage zu, sollte sich die Zukunft Österreichs irgendwo zwischen Haiders „modern-style-radicalism“ (S. XII), Grüner Alternative und EG-Integration entscheiden. Im Zentrum des Kapitels stehen die Diskussionen um EWR und EWG, deren wichtigste Argumentationsstränge nachgezeichnet und in die ereignisgeschichtlichen Entwicklungen bis hin zum „Brief nach Brüssel“ eingebettet werden. Quer zur Gliederungslogik findet sich an dieser Stelle aber auch ein chronologisch weit zurückgreifender historischer Aufriß der österreichischen Grün-Bewegungen, wobei deren aktionistische Höhepunkte – Zwentendorf und Hainburg – sowie personal- und fraktionsgeschichtliche Details im Vordergrund stehen, indes die zentralen programmatischen Differenzen zwischen den politisch so vielfältig unterschiedenen Gruppierungen zwar verzeichnet, hinsichtlich ihres Gewichtes aber nicht angemessen ausgelotet werden.

Ausführlich widmet sich Sully zum Abschluß (*Scandals and Turmoil*) einigen jener Erschütterungen, denen Staat und Gesellschaft in den letzten Jahren ausgesetzt gewesen sind. In enger Anlehnung an die Medienberichterstattung werden diverse Steueraffären, die Causa „Lucona“ und der Fall „Noricum“ detailreich beschrieben, indes die sozialwissenschaftliche Analyse und gesellschaftstheoretische Einordnung dieser kritischen Entwicklungen weithin unterbleibt. Während vergleichende politikwissenschaftliche Analysen die Vermutung bestätigen, daß Verwerfungen

dieser Art entscheidend mit Rückwirkungen des egozentrierenden Wertewandels und komplementären Desintegrationstendenzen in modernen „Risiko“gesellschaften in Verbindung zu bringen sind, lassen Sullys Ausführungen den Eindruck entstehen, daß es sich hier um ein genuin österreichisches Spezifikum handle, das durch die sozialdemokratische Hegemonie verursacht sei. Ohne vergleichenden, systematisierenden oder gar theoretisch reflektierenden Blick auf strukturell gleichläufige, aber in konservative politische Kontexte eingebundene Entwicklungen etwa in der BRD oder in Italien gelangt die Verfasserin zu dem Urteil, daß „Noricum, wie Lucona“, die „schwärenden Wunden des österreichischen Parteienstaates“ offenbarten und „einmal mehr die engen Verbindungen zwischen Business, Politik und persönlicher Bereicherung“ deutlich machten. In solch nationalgeschichtlich verengter Perspektive erscheinen diese Affären „symptomatisch für die Widersprüche einer sozialistischen Regierungspolitik, die die Lieferung von Kriegsgerät an den kriegsgeschüttelten mittleren Osten mit der Verpflichtung zu internationalem Frieden zu versöhnen versucht“ habe: „Dies war das finale, bittere Vermächtnis der Ära Kreisky“ (S. 153). Welchen Stellenwert die gleichfalls in diesem Kapitel positionierten, ausführlichen Skizzen zu Haiders Wahlerfolgen in Tirol, Kärnten und Salzburg, zu personellen Veränderungen an der ÖVP-Spitze sowie zur Wahl Haiders zum Landeshauptmann von Kärnten im thematischen Kontext

von *Scandals and Turmoil* haben könnten, bleibt unerfindlich.

Konfrontiert man die Ergebnisse von Sullys Buch mit den geschichtswissenschaftlichen Erwartungen, denen sich ein so großer Titel billigerweise zu stellen hat, ist als Resümee festzuhalten, daß der eingangs erwähnte dringende Bedarf an einer modern konzipierten Darstellung von Österreichs Zeitgeschichte mit dem Erscheinen der gegenständlichen Studie nicht verringert worden ist. Das Bändchen bietet, auf Basis im wesentlichen deutschsprachiger politikwissenschaftlicher Forschungen, elementare Informationen zur zeitgenössischen österreichischen Innenpolitik, indes insgesamt zehn Appendices über Details des politischen Systems, über sozioökonomische Entwicklungen und schlicht landeskundliche Fakten Auskunft geben. Wegen dieses konzeptiven Zuschnitts scheint die Publikation geeignet, angloamerikanischen Studierenden der Politikwissenschaft, namentlich aber Verwaltungsbeamten, Journalisten und Politikern einen ersten englischsprachigen Zugang zur politischen Organisationskultur und aktuellen Problemspezifik Österreichs in den achtziger Jahren zu eröffnen. Innovative wissenschaftliche Impulse für einen nach wie vor ausständigen, modernen Aufriß von Österreichs Zeitgeschichte sind von dieser Veröffentlichung aber nicht zu erwarten.

Willibald I. Holzer, Klagenfurt

Peter Kriedte, *Eine Stadt am seidenen Faden. Haushalt, Hausindustrie und soziale Bewegung in Krefeld in der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1991.

Unter den ersten Kritikpunkten, die gegenüber dem Buch *Industrialisierung vor der Industrialisierung* von Peter Kriedte, Hans Medick und Jürgen Schlumbohm vorgebracht wurden, war auch die Frage nach der Rolle der Städte in der Ausdehnung der gewerblichen Warenproduktion in ländlichen Gebieten Europas. In ihrem Buch beschränkte sich die Funktion der Städte im Prozeß der Protoindustrialisierung auf den Sitz von Kaufleuten und Verlegern und auf die des Kapitulieferanten für die ländliche Hausindustrie. Eine dynamische Rolle wurde Städten zunächst nicht zugestanden.

Insbesondere Peter Kriedte reagierte auf diese Kritik und widmete diesem vernachlässigten Punkt anhand der Fallstudie der Seidenindustrie in der Stadt Krefeld im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert mehr Aufmerksamkeit.¹ Es überrascht ein wenig, daß Kriedte sich mit der Vorlage des Bandes *Eine Stadt am seidenen Faden* im Gegensatz zu den bisherigen Studien zunächst der Entwicklung Krefelds in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zuwendet. Ein Buch, das sich mit der früheren Periode der Seidenindustrie in diesem Raum beschäftigt, scheint allerdings bereits geplant.²

Das vorliegende Buch zeichnet sich durch methodische Genauigkeit und